

Handnotiz von Daniela Pedinelli

## Muri: Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 23.1. 2007

Ad Geschäft 13

Interpellation Pedinelli „Cash& Carry an der Autobahnausfahrt Muri“

Ich bin von der Antwort des Gemeinderates **gar nicht** befriedigt. Die saloppe Abhandlung zum Thema Ausstandspflicht schockiert mich sogar. Lesen Sie zum Thema „Ausstandspflicht“ doch einmal Daniel Arns Kommentar zum Gemeindegesetz! Ich zitiere daraus:

*„Sinn und Zweck der Ausstandspflicht bestehen darin, zu gewährleisten, dass niemand, der unmittelbar ein persönliches Interesse am Ausgang eines Geschäfts hat, durch seine Anwesenheit die Diskussion oder das Abstimmungsverhalten anderer beeinflussen kann. Ferner soll die Ausstandspflicht garantieren, dass die Betroffenen (Ausstandspflichtigen) weder an der Vorbereitung der entsprechenden Geschäfte mitwirken noch anlässlich der Abstimmungen in den zuständigen Gremien ihr Stimmrecht ausüben. Ausstandsregelungen bezwecken mit anderen Worten, die rechtmässige Zusammensetzung der entsprechenden Behörde zu garantieren und die Entscheidungsfindung vor Manipulation zu schützen.“*

*„Wer ausstandspflichtig ist, darf sich mit einer Sache nicht befassen. Der sachliche Geltungsbereich der Ausstandspflicht umfasst die Vorbereitung, die Präsentation oder Darstellung des Sachverhalts sowie die Teilnahme an der Beratung und Beschlussfassung über das betreffende Geschäft. Auch das Protokoll darf nicht eingesehen werden. Die in den Gemeinden häufig zu beobachtende Praxis, wonach Ausstandspflichtige in den entsprechenden Gremien anwesend bleiben und sich bei der Abstimmung lediglich der Stimme enthalten, ist unzulässig.“*

*Und weiter: „Gerade wenn die Gemeindebehörden Justisfunktionen ausüben (und das ist bei der Baukommission der Fall), müssen die strengen Ausstandsbestimmungen des VRPG unbedingt zur Anwendung kommen.“*

Meine Damen und Herren, das schreibt kein Links-Subversiver, das steht in einem gutbürgerlichen Kommentar zum Gemeindegesetz!

Ich bezweifle angesichts der gemeinderätlichen saloppen Ausführungen, dass innerhalb der Baukommission die Ausstandspflicht nicht wiederholt und sogar in krasser Weise verletzt wurde. Und dies nicht nur im Geschäft Tannental II. Denn Sie können mir ja nicht weismachen, der Baupräsident habe an der gesamten Entwicklung in Sachen Gümligenfeld (schräg vis-à-vis, auf der gegenüberliegenden Strassenseite vom Tannental II) als Eigentümer der Parzelle Tannental II nicht ein eminentes persönliches Interesse gehabt! Hoffentlich wird das im Rahmen des Aufsichtsbeschwerdeverfahrens gegen die Gemeinde genauer untersucht. Ich muss übrigens leider auch davon ausgehen, dass in der Geschäftsprüfungskommission Ausstandspflichten verletzt wurden.

Eine strenge und differenzierte Handhabung der Ausstandspflichten in den Kommissionen ist für die Sicherung der Qualität der Entscheidungen, Ergebnisse und Berichte unseres Milizsystems absolut unabdingbar.

Auch der Daniel Arn schreibt in seinem Kommentar:

*„Die konsequente Durchsetzung der Ausstandspflicht – und zwar während der gesamten Behandlungsdauer des entsprechenden Geschäfts – ist aus rechtsstaatlicher Sicht im Sinne einer vertrauensbildenden Massnahme unerlässlich.“*

Eine gut gehandhabte Ausstandspflicht wirkt eben gerade dem Filz entgegen, der demokratische Grundordnungen untergräbt.

Vertrauen in den Staat – in einen Rechtsstaat - ist das Fundament der Loyalität der Bürgerinnen und Bürger dem Staat gegenüber. Einem verfilzten Staat wird kein Vertrauen geschenkt.

Nur bei Ihrer absolut ungenügenden und undifferenzierten Abhandlung der Ausstandsfrage ist übrigens eine ebenso grobschlächtige Aussage des Präsidenten des Arbeitgeberverbandes (zu lesen in den Lokalnachrichten LoNA vom Dezember 2006) nachvollziehbar.

Dieser setzt das Wort „Milizsystem“ dem Wort „Filz“ einfach gleich. Und als anderes Wort für Filz nennt er gar „gute Gemeinschaft“ oder (wie er sagt: „neutraler“) „soziales Netz“.

Filz = Milizsystem= gute Gemeinschaft = soziales Netz. Hui! Ich kann dazu nur sagen: Prost!

Filz bedeutet gemäss Duden: *„Ineinander verflochtene Machtverhältnisse, die durch Begünstigung bei der Ämterverleihung oder ähnlich zustande kommen.“* (Bedeutungswörterbuch). Das ist nicht positiv behaftet. Wer nicht zum Netz gehört, geht - staatlich unterstützt – zugrunde. Das ist in vielen Entwicklungsländern auch so.

Und all dieser Unsinn, ja all diese Unsäglichkeiten, finden sich auf der ersten Seite eines Lokalblattes, das mit öffentlichen Geldern finanziert wird. Da schweigt des Sängers Höflichkeit.

Und mehr noch: Der Präsident unserer Gemeinde, also der staatlichen Macht, lächelt diesen haarsträubenden Aussagen des Präsidenten des Arbeitgeberverbandes auf der gleichen Seite in einer Grossfotografie zustimmend, - ja fast konspirativ!- entgegen.